

Wie die Stasi den Maoismus als Spaltwerkzeug benutzte

Chefsache des MfS: Zerschlagung der Sektion DDR der KPD (Roter Morgen) "Genosse Erich Honecker persönlich hat ein Interesse an der Liquidierung der falschen KPD."

Der Sicherheitsapparat der SED - die Staatssicherheit MfS - erhielt die Aufgabe, die KPD/ML unter allen Umständen zu zerschlagen. Erich Mielke erklärte die Angelegenheit zur Chefsache (Schreiben Mielkes vom 3.3.76, BStU, ZA, Dst 102142) und forderte wiederholt, die Aufklärung der "Sektion DDR" "maximal zu verstärken". (Schreiben Gerhard Neibers an Harry Dahl vom 3.12.1982; BStU; ZA, Neiber 90, Bl. 6-8).

Die Bearbeitung sollte nicht bloß auf die Sektion DDR abzielen, sondern auch die Zerschlagung der KPD im Westen beinhalten. Die Abteilung XXII (Terrorabwehr) ging davon aus, "diese feindlichen Kräfte an ihrer Ausgangsbasis (BRD/WB) durch geeignete Maßnahmen zu zersetzen, gegeneinander auszuspielen und in verschärfte Auseinandersetzungen mit rechtsextremistischen Kreisen sowie dem Machtapparat in der BRD und in Westberlin zu verwickeln".

Grundlage von Zersetzungsmaßnahmen gegenüber der KPD-Roter Morgen war die Politik der SED und ihres revisionistischen Kurses. Späterhin wurde immer wieder koolpotiert („Gerüchte verbreiten“) man wisse über diese Parteien, über die Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung usw. sehr wenig.

Aber zum Selbstverständnis des MfS findet man unter der Rubrik "Sicherheitspolitik, sozialistische" folgende Definition: Das MfS habe, entsprechend dem "Klassenauftrag der Partei (...) vorrangig alle subversiven Angriffe des Gegners, insbesondere auf die Verteidigungsfähigkeit des Sozialismus, die störungsfreie Durchsetzung der ökonomischen Strategie der Partei und die ideologischen Grundlagen der Weltanschauung der Arbeiterklasse vorbeugend zu verhindern, rechtzeitig aufzudecken und wirksam zu bekämpfen. (Vgl. Das Wörterbuch der politisch-operativen Arbeit des MfS - Geheime Verschluss- Sache, zweite Auflage. Erarbeitet an der Juristischen Hochschule des Ministeriums in Potsdam-Eiche, 1985. Nachdruck: Ch. Links Verlag, Berlin 1996)
Auffallend ist, dass der Schutz der "Weltanschauung der Arbeiterklasse" zu den Aufgaben des Staatssicherheitsdienstes gezählt wurde, der damit in der Tat auch die Funktion einer Art "Gedanken- bzw. Ideologiepolizei" für sich reklamierte.

Und die "Weltanschauung der Arbeiterklasse" (d.h. der Revisionismus) konnte schon von den jüngsten Bürgern des Landes "angegriffen" werden. Folgerichtig konnten auch Kinder als "negative Kräfte" eingestuft werden.

Das MfS griff Ende der 70iger Jahre in die Diskussionen über die Politik Chinas und Mao Tse-tungs ein. So heißt es in einem Schreiben: "Es wird vermerkt, dass die Diskussion um Mao Tse-tung weiterzuführen ist. Es bietet sich die Prognose an, dass der Prozess der "Demaosierung" in der KPD/ML die Auseinandersetzung innerhalb der ultralinken Spaltergruppen in der BRD verschärfen wird, dass die "KPD" (Anm.: gemeint ist die

inzwischen längst aufgelöste KPD/AO) und der KBW die KPD/ML heftig attackieren werden und - falls sich die Führungsgruppe von AUST durchsetzt - Teile von Mitgliedern der KPD/ML " in die anderen ultralinken Gruppierungen abwandern. Unsererseits sollte zum Zwecke der Zersetzung folgende Frage in die AUST-Gruppe hineingetragen werden: Ist es möglich, dass AUST und andere führende Marxisten-Leninisten neun Jahre lang den konterrevolutionären Charakter der Lehren Mao Tse-tungs nicht erkannt haben?!

In einem weiteren Schreiben "Speziellen Fragen des Kampfes gegen die KPD/ML" wird folgende Taktik entwickelt: "1. Es ist wahrscheinlich, dass sich AUST und Anhänger durchsetzen, auch wenn dies zu Abspaltungen führt, da ja bereits zwei entschieden promaoistische Gruppen in Gestalt von KPD und KBW existieren. Zur Schwächung der Gruppe AUST sind wir an einer Ausnutzung der Gegensätze interessiert. Sollten die Kräfte um AUST siegen, liegt eine Stärkung der promaoistischen Tendenzen in unserem Interesse; bei einem Sieg der promaoistischen Kräfte eine Stärkung der Anhänger AUSTs. Keinesfalls ist der 18 Jahre erfolgte promaoistische Einfluss schlagartig zu Überwinden." Um eine Diskussion innerhalb der DDR und SED über die Generallinie der internationalen kommunistischen und Arbeiterparteien zu verhindern wurde alles getan dies zu verhindern.

Kritiken über den XX. Parteitag der KPdSU waren verboten. Selbst die Ausleihe der Stalinbände in der DDR wurde seit den 60iger Jahren unterbunden. In den wenigen Bibliotheken war eine Ausleihe nur noch möglich mit einem Nachweis eines wissenschaftlichen Auftrages.

Ansonsten standen die 13 Bände in einem so genannten „Giftschrank“ . Ebenfalls verboten waren z.B. die Werke von Enver Hoxha.

Ein Beispiel hier die Stalinbände wurden faktisch verboten. In den Bibliotheken konnten z.B. die noch existierenden Bände nur mit „wissenschaftlichen Nachweis“ diese ausgeliehen werden. D.h. Sie standen den Lesern nicht mehr zur Verfügung.

Nach dem XX. Parteitag 1956 kam es in vielen kommunistischen und Arbeiterparteien zu einer tiefen ideologische Verwirrung. Die Chruschtschowgruppe benutzte das große Prestige und die Autorität der KPdSU und übte Druck auf die Führung der anderen Parteien aus. Sie organisierte sogar Komplote, um diejenigen aus den Parteileitungen zu entfernen, die der Verbreitung ihrer revisionistischen Linie im Wege standen.

Ein Stab von ausgewählten SED -"Theoretikern" analysierte unablässig alle Publikationen der KPD, der sie habhaft werden konnten. Sie studierten diese, suchten Ansatzmöglichkeiten, um diese zu bearbeiten. Sie entwickelten Argumente für ihre Leute, für ihre Vertrauten. Aber auch, um innerhalb der "Linken Szene" Westdeutschlands Widersprüche zu schüren. Eine Diplomarbeit von Oltn. Jürgen Miller, Abteilung XXII, AKG. (1982) setzte sich mit "Ideologische[n] Probleme[n] der pseudorevolutionären, linksextremistischen, Kommunistischen Partei Deutschlands' und deren Rolle im ideologischen Klassenkampf des Imperialismus unter besonderer Beachtung der Gewaltkomponente" auseinander. Darin heißt es u.a.: "... Es muss davon ausgegangen werden, dass Mitglieder der KPD in subjektiv ehrlicher Überzeugung gegen den Imperialismus kämpfen wollen. Das bietet Ansatzpunkte... So werden trotz aller ideologischer Gleichschaltung zwischen der in der BRD und in Westberlin wirkenden KPD und bestimmten von ihnen beeinflussten Personen in der DDR auf Grund der völlig verschiedenen Lebenssituationen zweifelsohne Widersprüche bei der Beurteilung der konkreten Lage in der DDR und daraus abzuleitende Maßnahmen entstehen. Diese Widersprüche können möglicherweise verstärkt werden und Divergierungstendenzen

hervorrufen... (S.29)... können u.U. Tendenzen innerhalb der KPD gestärkt werden, die eine Konfrontation mit den imperialistischen Machtorganen zur Folge haben könnte... Anhaltspunkte dafür bietet z.B. die Auffassung der KPD, wonach gegen die bewaffneten Kräfte der Konterrevolution, also einschließlich der bewaffneten Kräfte der BRD, mit Waffengewalt vorgegangen werden müsse. Ferner ist möglicherweise das Bestreben der KPD, möglichst viele Bündnispartner um sich zu scharen, ausnutzbar. Eine Blockbildung mit durch die Staatsorgane der BRD bekämpften militanten Kräften könnte weitere Konfrontationen hervorrufen. Ansatzpunkte für die Gewinnung und den Einsatz von IM sind in mehrerer Hinsicht denkbar... Wie stellt sich die KPD die Lösung der militärischen Fragen in der proletarischen Revolution konkret vor? ...'Sie (die Volksarmee, J.M.) wird ... sich eng mit den Volksmassen verbinden.' Auch hier handelt es sich um nicht mehr als eine wohltönende Platttheit... Diese Aussagen ordnen sich ein in das angesprochene niedrige theoretische Niveau des KPD-Programms und sich daraus möglicherweise ergebenden operativen Anhaltspunkten. ‚Gleichzeitig wird das werktätige Volk bewaffnet sein und ... die Volksmiliz organisieren.' Im Mittelpunkt der militärpolitischen Überlegungen der KPD steht also ein Milizsystem. ... Dieses programmatische Postulat der KPD-Ideologen orientiert sich an schematisch übernommenen Forderungen der Vergangenheit, nicht an den realen Bedingungen der aktuellen Bewegung. Bei militärisch geschulten Personen muss eine derartige Forderung im KPD-Programm Unverständnis und Unglaube auslösen. Sie steht in so offensichtlichem Gegensatz zu den tatsächlichen gesellschaftlichen Bedingungen, dass eine Widerlegung dieser Forderung im Einzelnen unschwer und überzeugend vorgetragen werden kann. Mit der Widerlegung dieser These können bei Personen, die Zusammenschlüsse der KPD zugehörig sind, möglicherweise Zweifel auch an weiteren Postulaten und grundlegenden theoretischen Aussagen der KPD hervorgerufen werden... Das Herausbrechen einzelner Mitglieder aus den feindlichen Gruppierungen wie auch das Hineintragen von Zweifeln und das Verstärken von Meinungsverschiedenheiten innerhalb derartiger Zusammenschlüsse sind denkbar."

Anmerkungen:

Die KPD/ML wurde am 31. Dezember 1968 in Hamburg gegründet. Die Partei entstand um den ehemaligen KPD-Politiker Ernst Aust (1923–1985). Mitte der 1970er Jahre kam eine oppositionell und konspirativ arbeitende Gruppe (welche vor allem aus jungen Arbeitern und Intellektuellen bestand) aus Ost-Berlin mit Mitgliedern der KPD/ML in Verbindung. 1975/76 wurde illegal die Sektion DDR gegründet.

Der Konterrevolutionäre Kurs in der Sowjetunion (XX. Parteitag 1956) wurde auch in der DDR akzeptiert und führte letztendlich zur Liquidierung des Staates DDR.

Die SED – anfänglich auf den Weg einer Partei neuen Typs – wurde zu einer opportunistischen und revisionistischen Partei. Dabei war es egal ob ihre Führer einmal einen West-Anschluss beabsichtigten oder nicht. Subjektiv eher nicht, aber in der Realität schon.

Der Westdeutsche Imperialismus bekämpfte von Anfang an die DDR und ruhte keinen Augenblick diese zu zerstören und zu annektieren. Unterstützung erhielt er u.a. von den Chruschtschowianer (Breshnew/Gorbatschow).

